No. 50236

—
**Poland
and
Germany**

Agreement between the Government of the Republic of Poland and the Government of the Federal Republic of Germany on the mutual protection of classified information. Gdansk, 30 April 1999

Entry into force: *23 May 2002 by notification, in accordance with article 13*

Authentic texts: *German and Polish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Poland, 1 November 2012*

—
**Pologne
et
Allemagne**

Accord entre le Gouvernement de la République de Pologne et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne relatif à la protection réciproque des informations classifiées. Gdansk, 30 avril 1999

Entrée en vigueur : *23 mai 2002 par notification, conformément à l'article 13*

Textes authentiques : *allemand et polonais*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Pologne, 1^{er} novembre 2012*

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

Abkommen

zwischen

der Regierung der Republik Polen

und

der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen

Die Regierung der Republik Polen
und
die Regierung der Bundesrepublik Deutschland -

in Erwägung der Notwendigkeit, die Sicherheit aller Verschlusssachen, die von den zuständigen Behörden oder Personen als solche gemäß dem Recht einer Vertragspartei eingestuft und der anderen Vertragspartei übermittelt wurden, zu gewährleisten,

geleitet von der Vorstellung, eine Regelung über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen zu schaffen, die für alle zwischen den Vertragsparteien zu schließenden Abkommen über Zusammenarbeit und zu vergebende Aufträge, die einen Austausch von Verschlusssachen mit sich bringen, gelten soll -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmung und Vergleichbarkeit

(1) Verschlusssachen im Sinne dieses Abkommens sind im staatlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Informationen, unabhängig von ihrer Darstellungsform. Sie werden entsprechend ihrer Schutzbedürftigkeit nach dem nationalen Recht jeder Vertragspartei eingestuft.

(2) Die Vertragsparteien vereinbaren, daß folgende Geheimhaltungsgrade vergleichbar sind:

Republik Polen	Bundesrepublik Deutschland
ŚCIŚLE TAJNE	STRENG GEHEIM
TAJNE	GEHEIM
POUFNE	VS-VERTRAULICH
ZASTRZEŻONE	VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

(3) Für Verschlusssachen des Verschlusssachengrads ZASTRZEŻONE und VS-NUR FÜR DEN DIENST-GEBRAUCH finden die nachstehenden Artikel 3 und 4 sowie Artikel 7 keine Anwendung.

Artikel 2

Innerstaatliche Maßnahmen

(1) Die Vertragsparteien treffen im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts alle geeigneten Maßnahmen, um Verschlusssachen, die nach diesem Abkommen an die andere Vertragspartei übermittelt werden oder beim Auftragnehmer im Zusammenhang mit einem Verschlusssachenauftrag entstehen, zu schützen. Sie gewähren derartigen Verschlusssachen mindestens den gleichen Geheimschutz, wie er im Verfahren für eigene Verschlusssachen des entsprechenden Geheimhaltungsgrades gilt.

(2) Die Verschlusssachen werden ausschließlich zu dem Zweck, für den sie übermittelt worden sind, verwendet. Die Vertragsparteien werden die Verschlusssachen, die sie nach diesem Abkommen erhalten haben, keinesfalls ohne vorherige Zustimmung der zuständigen Behörde oder der befugten Person der anderen Vertragspartei, die die Einstufung veranlaßt hat, Dritten zugänglich machen oder offenlegen.

(3) Die Verschlusssachen dürfen nur solchen Personen zugänglich gemacht werden, deren Aufgaben ihre Kenntnis notwendig machen und die nach der erforderlichen Sicherheitsüberprüfung zum Zugang ermächtigt sind. Die Sicherheitsüberprüfung muß mindestens so streng sein wie die für den Zugang zu nationalen Verschlusssachen des entsprechenden Geheimhaltungsgrades. Für Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrades

POUFNE / VS-VERTRAULICH und höher ist in jedem Fall eine Sicherheitsüberprüfung durchzuführen.

(4) Jede Vertragspartei sorgt innerhalb ihres Hoheitsgebiets für die erforderlichen Sicherheitsinspektionen und für die Einhaltung der Regelungen über den Schutz von Verschlusssachen.

Artikel 3

Verschlusssachenaufträge

Beabsichtigt eine Vertragspartei, einen Verschlusssachenauftrag an einen Auftragnehmer im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu vergeben bzw. veranlaßt sie, in ihrem Hoheitsgebiet einen solchen Auftrag zu erteilen, so holt sie zuvor bei der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei eine Versicherung ein, daß der vorgeschlagene Auftragnehmer bis zu dem angemessenen Geheimhaltungsgrad sicherheitsüberprüft ist und über geeignete Sicherheitsvorkehrungen verfügt, um einen angemessenen Schutz der Verschlusssachen zu gewährleisten. Diese Versicherung beinhaltet die Verpflichtung sicherzustellen, daß die Sicherheitsüberprüfung des Auftragnehmers im Einklang mit den Geheimschutzvorschriften und -bestimmungen durchgeführt worden ist.

Artikel 4

Durchführung von Verschlusssachenaufträgen

(1) Die für den Auftraggeber zuständige Behörde ist dafür verantwortlich, daß jede Verschlusssache, die im Rahmen eines Auftrags übermittelt wird oder entsteht, in einen Geheimhaltungsgrad eingestuft wird. Die für den Auftraggeber zuständige Behörde einer Vertragspartei übermittelt der für den Auftragnehmer zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei die den Auftrag betreffende Liste der Verschlusssachenarten (Verschlusssacheneinstufungsliste). In einem solchen Fall unterrichtet sie gleichzeitig die